

Anwälte unter dem Lösungsstempel

„Advokaten 1938“ beleuchtet 2.200 Schicksale der aus „rassischen“, politischen oder sonstigen Gründen Verfolgten.

Buchbesprechung

von Alix Frank-Thomasser

Als im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung im Festsaal des Justizpalastes die zweite Auflage des Buches „Advokaten 1938“ vorgestellt wurde, würdigte Alt-Bundespräsident Heinz Fischer die Aufklärungsarbeit dieser dunklen Jahre der Berufsgeschichte. Vornehmlich wurde diese durch die österreichische Anwaltschaft unterstützt, allen voran Rupert Wolff, Präsident des Österreichischen Rechtsanwaltskammertages, und Michael Enzinger, Präsident der Wiener Rechtsanwaltskammer.

Zwölf Jahre nach der Publikation des Buches „Advokaten 1938“ liegt mit dessen 2. Auflage nun ein englischsprachiges Werk für eine viel breitere Leserschaft vor, als es mit der 1. Auflage in deutscher Sprache gelingen konnte. Die zweite erheblich erweiterte Auflage enthält nun erstmals auch die Biografien der verfolgten Berufsanwälter. Das Buch umfasst daher 2.200 Schicksale der Rechtsanwältinnen sowie Rechtsanwaltsanwältinnen, die in der Zeit des Nationalsozialismus aus „rassischen“, politischen oder sonstigen Gründen verfolgt wurden und daher vom Berufsverbot betroffen waren. Neben diesen informiert es auch über den Hintergrund der Recherche, die Quellen, aber auch über die Geschichte der österreichischen Rechtsanwaltschaft von 1918 bis 1938, also über den Zeitgeist am Vorabend der schrecklichen Verfolgungen.

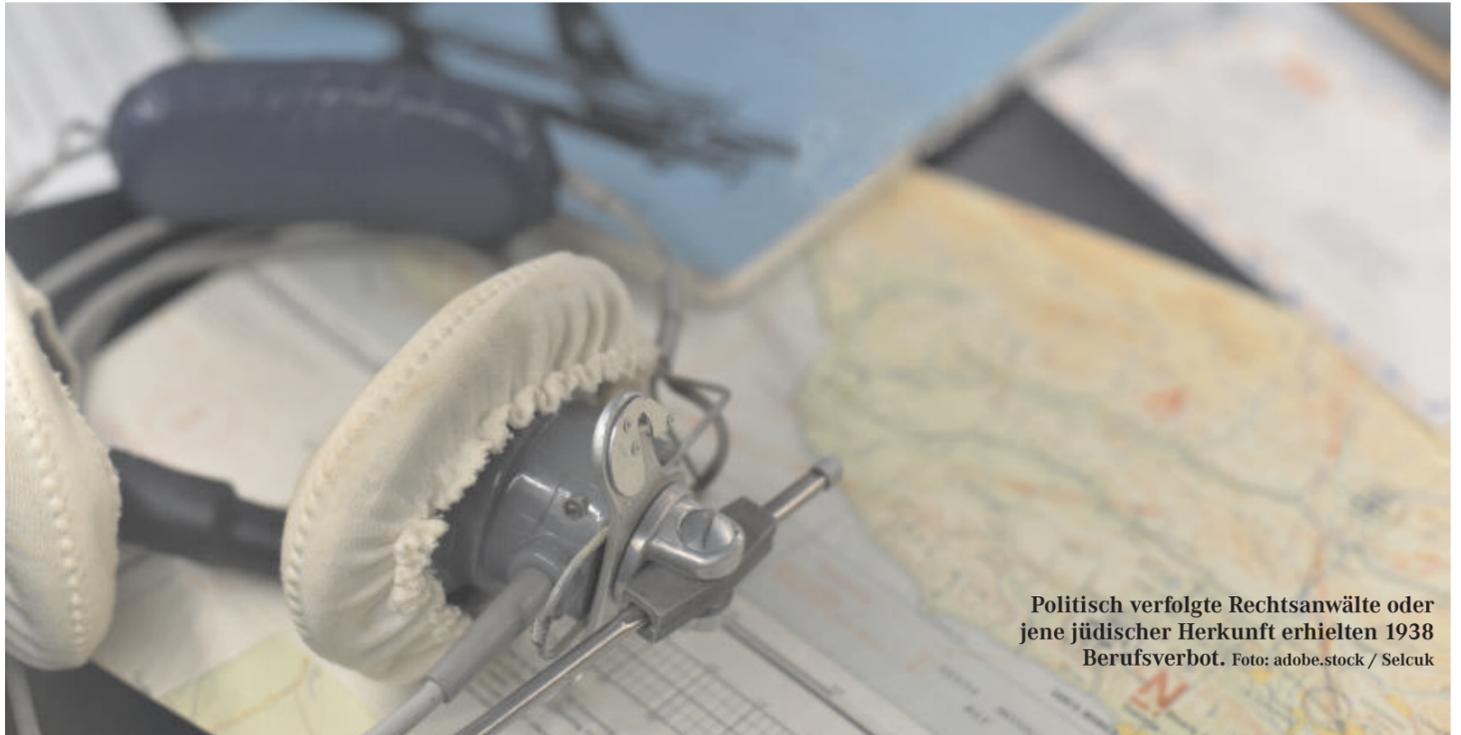
Anfänge des Antisemitismus

Barbara Sauer ist die Hauptautorin dieses Buches. Sie hat in mühevoller Detailarbeit die Einzelschicksale der Verfolgten recherchiert und im biografischen Teil dieses Buches zusammengefasst. Die Mitautorin Ilse

Zur Autorin



Alix Frank-Thomasser ist Rechtsanwältin und Obfrau des Vereines zur Erforschung der anwaltlichen Berufsgeschichte der zwischen 1938 und 1945 diskreditierten Mitglieder der österreichischen Rechtsanwaltskammern. Foto: Stephan Huger



Politisch verfolgte Rechtsanwälte oder jene jüdischer Herkunft erhielten 1938 Berufsverbot. Foto: adobe.stock / Selcuk

Reiter-Zatloukal stellt den Hintergrund und Ausgangspunkt der Verfolgung dar. Sie gibt in ihrem Beitrag Einblick, inwieweit ein Zusammenhang zwischen dem Antisemitismus des „langen 19. Jahrhunderts“ und dem freien Berufsstand der Rechtsanwältinnen bestand.

Die Rechtsanwaltschaft in Österreich sah sich schon lange vor dem „Anschluss 1938“ an das Deutsche Reich mit massivem Antisemitismus konfrontiert, der sich nach dem Zusammenbruch der Habsburgermonarchie – wie auch in vielen europäischen Staaten – deutlich radikalisierte. In der Anwaltschaft wurden die „Ostjuden“ angesichts der „Überfüllung des Standes“ und der zumeist katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Lage, in der sich die meisten Rechtsanwälte, vor allem die Berufsanwälter befanden, vielfach als unerwünschte Konkurrenz angesehen. Es gab daher nicht nur Forderungen, die Zahl der Rechtsanwälte durch einen numerus clausus an sich zu begrenzen, sondern auch, die Anwälte jüdischer Herkunft auf einen Prozentsatz zu verringern, der ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprach.

Frauen 1919 zugelassen

Die Ausübung des Anwaltsberufes erforderte eine siebenjährige Ausbildungszeit, eine Zeit voller Entbehrungen in einem derart katastrophalen wirtschaftlichen Umfeld wie in der Ersten Republik. Das hielt dennoch viele junge Juristinnen und Juristen, vor allem jüdi-

scher Herkunft, nicht davon ab, den Beruf des Anwaltes als Traumberuf zu wählen. Anfang Mai 1919 war in der Zeitung „Salzburger Chronik“ zu lesen: „Wir werden also bald weibliche Richter und Advokaten haben.“ Im April 1919 wurden dann endlich auch die rechts- und staatswissenschaftlichen Studien für Hörerinnen geöffnet.

Damit konnte zum Beispiel der Berufsraum von Fräulein Susanne Granitsch in Erfüllung gehen. Sie debütierte als Verteidigerin im August 1928 bei der Schöffengerichts-

rennläuferin und trainierte Schwimmerin.

Granitsch zu ihrer Berufswahl: „Ich bin schon zum Verteidiger geboren worden, mein Großvater war Rechtsanwalt, mein Vater ist Jurist – nichts natürlicher, als dass ich denselben Beruf ergriffen habe. Das ist erbliche Veranlagung. Ich könnte mir gar nicht vorstellen, dass ich etwas anderes sein sollte.“

Stete Mahnung

Wie vielen anderen Kolleginnen und Kollegen jüdischer Herkunft oder politisch Verfolgten erging es 1938 auch Granitsch: Ihre Berufsausübungsbefugnis wurde nach dem März 1938 einfach gelöscht. Die damalige Rechtsanwaltskammer für Wien Niederösterreich und Burgenland ließ sich ob des Umfanges der zu löschenden Kolleginnen und Kollegen (mehr als 1.800) einen eigenen Lösungsstempel machen, der auf dem Umschlag des Buches „Advokaten 1938“ abgebildet ist. Susanne Granitsch konnte den Schrecken der Verfolgungen unter dem Nationalsozialismus gerade noch durch eine rechtzeitige Ausreise aus Österreich entkommen, viele andere wurden jedoch in den Konzentrationslagern des „Dritten Reiches“ ermordet.

Die österreichische Anwaltschaft will mit diesem Buch jeder verfolgten Rechtsanwältin sowie jedem Berufsanwalt gebührend gedenken und ihnen und ihren Schicksalen, aber vor allen Dingen ihrem beruflichen Leben eine immerwährende Erinnerung be-

wahren. Das Buch soll aber auch eine stete Mahnung dafür sein, wie schnell aus Recht Unrecht werden kann, wenn der Gesetzgeber den Rechtsstaat demontiert, Juristen sich zu willfährigen Figuren einer undemokratischen Politik machen lassen und die Bevölkerung eines Landes sich dagegen nicht zur Wehr setzt. ■

Neuaufgabe



„Advokaten 1938“ von Ilse Reiter-Zatloukal und Barbara Sauer beleuchtet die Schicksale der Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwältinnen, die von 1938 bis 1945 ihre Ausbildung nicht fortsetzen konnten. Herausgeberin ist der Verein zur Erforschung der anwaltlichen Berufsgeschichte der zwischen 1938 und 1945 diskreditierten Mitglieder der österreichischen Rechtsanwaltskammern. Die 2. Auflage ist im Vormonat ausschließlich in englischer Sprache im Manz Verlag erschienen, hat 704 Seiten und kostet 78 Euro (ISBN: 978-3-214-04198-4).

Die Befugnis zur Berufsausübung wurde einfach gelöscht.

verhandlung im Straflandesgericht I als Armenvertreterin einer des Diebstahls Angeklagten. Wie in der Presse damals berichtet wurde, hätten „im Lauf der letzten Jahre nur 2 Verteidigerinnen bei öffentlichen Verhandlungen fungiert“ obgleich es „schon eine Reihe weiblicher Doktoren“ gebe. Die „Wiener Sonn- und Montagszeitung“ hob im August 1928 hervor, dass Granitsch „weder Hornbrillen auf(habe)“, noch mit ehrwürdigem grauem Haar gesegnet sei, „sondern vielmehr jung und hübsch sei, noch dazu eine preisgekrönte österreichische Fechterin, ausgezeichnete Ski-

Branchennews Recht

SCWP Schindhelm. Junge Menschen für den Beruf des Anwaltes zu begeistern und vorzubereiten, um Bürgerinnen und Bürger kompetent auf dem Weg zu ihrem Recht begleiten zu können: Diese Aufgabe hat sich SCWP Schindhelm zum Ziel gesetzt. Mit dem Clarity Day 22 am 18. Oktober 2022 im Hotel Motto (Mariahilfer Straße 71a in Wien) wendet sich die Rechtsanwaltskanzlei an angehende Absolventen einer juristischen Fakultät, die sich für den Beruf der Rechtsanwältin oder des Rechtsanwaltes interessieren. Die

Anmeldungsfrist läuft noch bis 15. Juli 2022 und ist über die Homepage at.schindhelm.com möglich. Ein Bahnticket erster Klasse und eine Übernachtung für zukünftige Kolleginnen und Kollegen aus den Bundesländern ist inklusive.

Das Programm besteht aus Vorträgen, Diskussionen und informellen Gesprächsmöglichkeiten mit Partnerinnen und Partnern der Kanzlei, die Orientierung und Unterstützung bei der Entscheidungsfindung für den nächsten Karriereschritt bieten sollen.

Sommerfest Juristenverband. Der Österreichische Juristenverband lud am 11. Juni 2022 zu seinem alljährlichen Sommerfest. Dieses fand bei bestem Wetter im Palais Schönburg statt. Der Präsident des Juristenverbandes Alexander T. Scheuwimmer begrüßte zahlreiche namhafte Juristinnen und Juristen aus dem In- und Ausland. Darunter waren heuer Rupert Wolff, Präsident des Österreichischen Rechtsanwaltskammertages, und der Präsident der Rechtsanwaltskammer Niederösterreich, Michael Schwarz. Zu den

internationalen Gästen zählten unter anderen Präsidenten ausländischer Rechtsanwaltskammern wie die Präsidentin der ukrainischen Anwaltskammer, Lidiya Izovitova, der Präsident der belgischen Rechtsanwaltskammer, Peter Callens, sowie Izabela Konopacka, Präsidentin des Verbandes Europäischer Rechtsanwaltskammern. In Zukunft ist laut Scheuwimmer geplant, sowohl den Juristenball, der diesmal coronabedingt abgesagt werden musste, als auch das Sommerfest abzuhalten.

Ausstellung Verfassung. Ab Juni bis Ende 2022 präsentiert die Seestadt Aspern in Kooperation mit dem Jüdischen Museum Wien die Outdoor-Ausstellung „Was hat die Verfassung mit mir zu tun?“. Als Comic gezeichnet, soll diese den Besuchern näher gebracht werden. Entlang der Seepromenade ist die Ausstellung jederzeit gratis zugänglich. Foto: Jüdisches Museum Wien

